

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbeförderungsgebühr. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 26. Januar 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 11

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zensurkrieg.
Gewerkschaftsrevue: Aus der Jahresrückschau der freien und der christlichen Gewerkschaften. — Eine Denkschrift des Vereines Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. — Der Bayerische Industriellenverband über Arbeiterfragen der Zukunft. — Persönliche Einzelstimmen von Unternehmern.
Korrespondenzen: Dantsig. — Hildesheim. — Sibirien. — Krefeld. — Ploeghin. — Münster. — Auedlinburg. — Rühringen-Wilhelms-haven. — Waldenburg.
Handel: Fünftausend Verbandsmitglieder Inhaber des Eisernen Kreuzes! — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter. Wegen Hochwassers den Betrieb eingestellt. — Auch ein Zeitungs-Verbot. — Ein Einspruch gegen die Behauptung unbefugter Ertragsgewinne im Buchhandel. — Richard Galzer über das sozialpolitische Programm der freien Gewerkschaften. — Starke Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes. — Kampflose Lohnregulierung. — Kritizieren ist noch kein Aufwiegeln.

zuaufandes (mit Ausnahme der Kriegszonen), „von welchen Gefühlen Regierung und Nation wechselseitig beseelt sind“. In einem Lande der Halb- oder Viertelkultur, in der Türkei, hat die Regierung mit dieser Maßnahme jetzt der Leistung des hochzivilisierten Deutschen Reiches und hat die türkische „Norddeutsche Allgemeine“, der „Tanin“, mit dem Kommentar dazu dem sankten Deutschen Reichstag ungewollt eine Situation bereitet, die faktisch nicht von Pappé ist. Der Abgeordnete Heine, ein Spezialist auf dem Zensurgebiete, von dem in den jüngsten Debatten der denkbar schärfste Zwischenruf gegen gewisse Zensoren fiel, hatte, weil mit Resolutionen gegen militärische Stellen nichts auszurichten sei die Befestigung des preussischen Belagerungszustandsgesetzes vom 9. Juni 1851 beantragt und dafür Bestimmungen vorgeschlagen, unter denen sich auskommen ließe in der Kriegszeit, da auch der Reichstag hätte eingreifen können. Der Abgeordnete Haase verlangte die radikale Aufhebung der nachmärzlichen Gesetzesgebung, deren Legitimität für ganz Deutschland in einem früheren Stadium schon Zweifeln begegnete. Es wurde ein Unterausschuß für den Heineschen Antrag eingeseht. Aber hier zeigte sich, was eine verbitternde Gewohnheitserscheinung geworden ist: den Mut zur Tat fand man nicht! Nur die beiden sozialdemokratischen Fraktionen mit der Fortschrittlichen Volkspartei waren für einen solchen ausgreifenden Schritt zu haben. Aus einem vielerlei von andern Vorschlägen beschloß dann der Hauptausschuß die Errichtung einer militärischen Zentralinstanz als Aufsichtsstelle und Beschwerdestelle für die Anordnungen der Militärbefehlshaber, soweit sie sich nicht auf die Zensur sowie das Vereins- und Versammlungsrecht beziehen, und auf die Einsetzung des Reichskanzlers als Aufsichts- und Beschwerdestelle für die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsrechtes. Der Regierungsvertreter äußerte zudem noch schwere Bedenken gegen diese Zangengeburt.

Ein großer Aufwand ist einmal wieder schmachlich verthan! Die Türkei hat das großmächtige Deutschland ideell um diverse Pferdelängen geschlagen. Bei uns wird weiter gequacksalbert, obwohl am 11. Oktober 1917 der Reichstag bereits das erste Jubiläum mit den Zensurdebatten vermerken konnte und diesmal über die Willkür der Generalkommandos noch schärfere Töne erklangen. Die Reichsregierung ist allerdings der Meinung, es sei eine wesentliche Milderung der Zensur eingetreten, die langen und gemäßigten Verhandlungen jetzt aber zeugten vom strikten Gegenteil.

Die vielstaatliche Gliederung des Deutschen Reiches, auf dem Ernährungsgebiete und sonst noch ein schwer empfindender Mißstand, erweist sich hier als ein wahrer Glücksumstand. In Bayern, Württemberg, Hessen und selbst in dem brav reaktionär regierten Sachsen hat sich im allgemeinen die Zensur in erträglichen Grenzen gehalten. Baden bekundet nach der Mannheimer Vaterlandsparteiverammlung Preußen nun treue Gefolgschaft in der scharfen Anwendung der Bestimmungen des Belagerungszustandes. In Preußen sorgen namentlich die Zensurstellen in Berlin und Münster dafür, daß die Zensurpraxis nicht gemildert wird, und daß es dem Reichstage an Gelegenheit zu Zensurdebatten nicht gebricht. Und was da bis Mitte dieser Woche alles in das Licht der nur den Parlamenten möglichen Kritik gerückt wurde!

Der Krieg um den Frieden mit den starken Gegenoffensiven der Deutschen Vaterlandspartei, für deren Gemeingefährlichkeit die Beispiele sich schnell anhäufen, gibt dem Zensurkriege mehr und mehr Verschärfung. Die Verbote des „Vorwärts“ wie des „Berliner Tageblatts“ in dieser Woche aus Anlaß des Ernährungsnot- und des Friedenswillenstreiks in Osterreich, Ungarn und Böhmen offenbarten eine solche Ratlosigkeit der verfügbaren Stellen, daß man sprachlos ist. Der Hauptausschuß redete wenigstens angelichselig dieser Vorkommnisse eine deutliche Sprache. Der „Vorwärts“ wurde früher wieder freigegeben und das nachfolgende Erscheinungsverbot des „Berliner Tageblatts“ veranlaßte den „kleinen Reichstag“ zu einer einstimmig angenommenen Vorstellung an den Reichskanzler, diese Maßnahme alsbald wieder rückgängig zu machen. Das „zunächst auf die Dauer von drei Tagen“ verbotene Moseblatt konnte darauf noch am Tage des Verbots wieder erscheinen, es fiel also nur eine Nummer aus.

Im der gegenwärtigen, mit Konfliktgefahren überladenen Lage müssen die Grundgedanken des Volkes respektiert werden! Die aber kommen nicht zum Ausdruck in Depeschenfüllen, aufreizenden Reden alldemokratischer Kriegserlängerer oder in dem toben kriegerischer Blätter, auch nicht in dem maßlosen Hochmufe preussischen Junker und dem gleichwertigen Privilegiendünkel liberalisierender Schloßbarone, wie es bei den Wahlrechtsdebatten in der Prinz-Albrecht-Straße sich bis zum Erbrecher gezeigt hat. Wer noch nicht weiß, was das größte Verdienst gebührt, das die bitteren Kriegsverhältnisse nicht alles zusammenbrechen ließen, der sei daran erinnert, daß schon vor zehn Monaten Graf Czernin es zuerkant hat, „nicht den oberen Tausenden, sondern dem Mittelstand und vor allem den breiten Massen, den vom Schicksal Enterbten“. Sie wollen auch gehört sein, wollen nicht immer Entscheidungen über sich aus unkontrollierbaren Regionen hinnehmen, wollen nicht Objekt für die Interessenpolitik einer dünnen Schicht von Profitatleten sein.

Gewerkschaftsrevue

Auf die gewerkschaftliche Rückschau der Zentralorgane der beiden hauptsächlichsten Gewerkschaftsrichtungen auf das Jahr 1917 verdient auch an dieser Stelle kurz eingegangen zu werden, zumal die daraus zu ziehenden Nutzenwendungen in die Zukunft weisen.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ leitet seinen Rückblick ein mit einer Betrachtung der kriegerischen Entwicklung, die durch das Sinzintreten der Vereinigten Staaten von Amerika, einiger zentral- und südamerikanischer Staaten sowie Chinas eine weitere Ausdehnung erfahren hat. Ein Stück rächender Nemesis liege darin, daß von dem Kriegselend die Staaten am schwersten betroffen wurden, die sich dem Kriege gegen Deutschland erst später angeschlossen haben, und zwar um höchst eigennütziger Absichten willen. In strategischer Hinsicht sei das verlorene Kriegsjahr für die Mittelmächte ein Siegesjahr abgesehen gewesen. Heißer Dank gebühre den tapferen Söhnen unres Volkes, die mit ihren Leibern einen Schutzwall bildeten gegen fremde Siege- und Unregionsgehriffe. Dem Frieden ständen wir heute trotz der Ausdehnung des Krieges näher als vor Jahresfrist. Anreiz durch das näher gelicherte Verlangen der Internationalen habe sich die deutsche Arbeitererschaft in den Dienst der Friedenspropaganda gestellt, und es sei hier dabei die Genugtung geworden, die Reichstagsmehrheit und selbst die Regierungen für ihre Auflassung gewonnen zu haben. Auf die innere Politik übergehend, bezeichnet das „Korrespondenzblatt“ die preussische Wahlvorlage als Prüfstein dafür, ob die Regierung die Kraft findet, ihrem Reformwillen Gel-

fung zu verschaffen. Diese Ansicht ist unbedingt zutreffend, denn die reaktionären Parteien im preußischen Dreiklassenparlament wegen der Regierung und dem Volke in dem Bemühen, die Wahlrechtsreform endlos zu verschleppen, das Auserkiesene zu hüten. Immer neue Hindernisse wiesen sie auf, um ihre Verschleppungspolitik äußerlich zu rechtfertigen und die Reform selbst womöglich zum Scheitern zu bringen. Indes sie fäulden sich sehr die Vertreter der Reaktion, wenn sie annehmen, das preußische Volk werde die Versuche, ein ihm von der Regierung ferner gegebenes Versprechen zu vereiteln, ruhig hinnehmen. Auf die vieldenkmalige Parlamentarisierung der Reichsregierung und damit in Zusammenhang stehende Dinge kommt das „Korrespondenzblatt“ in seinem Rückblick ebenfalls zu sprechen. Mit der Einbringung der preußischen Wahlrechtsreform, des Arbeitssammlergesetzes und der beantragten Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung werde ein historisches Unrecht an der deutschen Arbeiterklasse gutgemacht. Aber damit werde doch nur ein kleiner Teil der Zurückführung der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft beseitigt. Die gleichberechtigte Einfügung der Arbeiter bestehe unendlich mehr in sich. Den Fragen der Übergangswirtschaft und der Lebensmittelförderung wurden eingehende Betrachtungen gewidmet und daran schloß sich eine Übersicht über die günstige Gewerkschaftsentwicklung im Jahre 1917. Auf das ziffernmäßige Material darüber greifen wir in unrer letzten Gewerkschaftsübersicht schon zurück. Es geht daraus mit überzeugender Deutlichkeit hervor, daß die rückschlüssige Mitgließerbewegung der ersten Kriegsjahre völlig überwunden worden ist, so daß beim Friedensschlusse der verstärkten Macht des Unternehmertums die gesammelte Kraft der Arbeiterschaft in aller Stärke achtunggebend gegenüberzutreten kann.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ verzichtet darauf, der hohen Politik eingehendere Betrachtungen zu widmen, um so gründlicher und man muß sagen um so freimütiger erörtert es sozialpolitische Entwicklungen im Vorjare und die Arbeiterfragen. Die Beschäftigung mit der Grundfrage der gewerkschaftlichen Tätigkeit, der Lohnentwicklung, führe heute weit über das Gebiet der bloß wirtschaftlichen Beziehungen hinaus. Das Berichtsjahr 1917 habe die stärksten Bemühungen aufzuweisen gehabt, den Stand der Lohnverhältnisse wenigstens einigermaßen der Höhe der Lebenskosten anzunähern. Die Wichtigkeit des Reallohns dränge sich unter den jetzigen Verhältnissen auch dem einfachsten Arbeiter auf. Die Entwicklung der Lebenskosten, nicht allein der Preise für die Lebensmittel, sondern auch derjenigen für alles, was irgendein im Haushalt benötigt und gebraucht wird, mache schließlich den Wert auch des höchsten Nominallohns zu einem großen Teil illusorisch. Nachdrücklich weist das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften die von gewissen Unternehmerkreisen zu durchzuführenden Zwecken verbreiteten Gerüchte, über unerhörte Löhne der Arbeiter zurück und stellt fest, daß weite Arbeiterkreise, ja, daß die Mehrzahl der Arbeiter von einem auch nur einigermaßen auskömmlichen Lohn weit entfernt ist. Hunderttausende, ja Millionen gebe es noch, deren Löhne gegenüber den heutigen Verhältnissen nur als Hungerlöhne zu bezeichnen seien. Wenn es die christlichen Gewerkschaften von Anfang an als ihr besonderes Ziel angesehen hätten, die Lohnkämpfe nicht zu politischen Auseinandersetzungen ausarten zu lassen, so sei dies durch den Unverstand großer Teile ihres Volkes im verflochtenen Jahre geschehen. Bei der gewissenlos übertriebenen Darstellung der Lohnverhältnisse habe sich nach und nach eine Atmosphäre unseres innerpolitischen Lebens erhoben, die als wachsende Reaktion zu bezeichnen sei. Die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften wird als erfreulich bezeichnet. Die Zahl ihrer Mitglieder dürfe heute ohne die Einberufungen rund 250.000—275.000 betragen. An dem Zuwachse waren neben den Verbänden der Rüstungsarbeiter die der Staatsarbeiter und der ländlichen Arbeiter beteiligt.

Die meisten Unternehmerverbände verfahren auch während der Kriegszeit nach dem alten Rezept. Alles Streben läuft daraus hinaus, ihre Macht und ihren Einfluß für die Zeit nach dem Kriege jetzt schon zu befestigen und zu sichern. Die mehr in Worten als in Taten sich ausdrückende gerechtere Würdigung der deutschen Arbeiterorganisationen durch die Regierung hat, wie durch die „Soziale Praxis“ vor Jahreschluß bekannt wurde, den Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller veranlaßt, auf seiner Hauptversammlung wieder einmal die altgewohnte Scharfmacherpause zu schlagen. Die dort gehaltenen Reden gegen „russische Zustände“ in der deutschen Friedenswirtschaft sind so recht bezeichnend für die Auffassung, die in den Kreisen der Schwerindustriellen herrscht. Sie haben an der „unser dem Einflusse der Gewerkschaften“ zustande gekommenen Gestaltung des Mißdienstgesetzes absolut keinen Gefallen gefunden und wandten sich deshalb in einer Eingabe an die Regierung scharf gegen die „zwangswise Übertragung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sowie der Schlichtungsstellen auf die Friedenswirtschaft.“ Die Regierung müsse ihre Selbständigkeit gegenüber den Einflüssen der Gewerkschaften wiedergewinnen und außerdem soll den Geblen voller Spielraum gegeben werden. Tarifverträge würden von den Arbeitern in schwierigen Zeiten doch gebrochen und seien in der Großhändlerindustrie und im Bergbau gänzlich unmöglich. Unter Sozialpolitik verstehen die Schwerindustriellen Scharfmacher die Verhütung jeder Agitation sowie Aufrechterhaltung der Arbeiterschaft sowie Stärkung der Autorität sowohl der Regierungsbekunden wie der für die Betriebsführung verantwortlichen Unternehmer. Dieses Programm wollen die Eisenindustriellen dadurch in die Wirklichkeit umsetzen, daß sie auf Grund des Belagerungszustandes ein vollständiges Versammlungsverbot ohne jeden Unterschied erlassen wollen wollen, das „die verderbliche Agitation an der Wurzel

faßt! An Stelle des Mißdienstgesetzes soll eine Art mißfälliger Arbeitszwang treten. Die Gewerkschaften hätten, so behauptet die Eingabe, Duzende von Gewerkschaftsbeamten in die ruhigsten Industriegegenden geschickt; daher kämen auch die großen Unruhen, Ausfälle, Lohnbewegungen und Krawalle der letzten Monate. Auf dem Aalner Metallarbeiterkongress hätten Legion und Schläcke in dasselbe Horn geblasen wie die Parteigänger der Unabhängigen und den Kampfcharakter der Gewerkschaften betont. Schließlich verleiht die Eingabe zu der Behauptung, wir erleben heute unter dem Mißdienstgesetz in der Industrie ungefähr dasselbe, wie Ausland an der Front mit seinen Soldatenausschüssen und sollten zum mindesten dafür sorgen, daß keine derartigen russischen Zustände auf die Friedenswirtschaft übertragen werden. Das Mißdienstgesetz sei „lediglich nur für den Sieg des Gewerkschaftsgedankens“, der erfolgreiche Schriftmacher geworden, nicht aber „für den Sieg der heimischen Gemeinschaftsarbeit und der deutschen Eintracht“.

Gegenüber der in der Denkschrift des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zum Ausdruck kommenden antisozialen Demagogie und wutschreienden Feindschaft gegen die Gewerkschaften ist es von gewissem Interesse, die wesentlich andre Stellungnahme des Bayerischen Industriellenverbandes zu wichtigen Arbeiterfragen kennen zu lernen. Auf der kürzlich abgehaltenen Hauptversammlung dieser größten bayerischen Unternehmerorganisation äußerte sich deren Geschäftsführer Dr. Kublo über die Arbeiterfrage:

Hierbei handelt es sich sowohl um die Lohnfrage als auch um die Gestaltung des zukünftigen Verhältnisses zur Arbeiterschaft und zu den Gewerkschaften. Was die Lohnfrage betrifft, so dürfte hier wohl ein allen Wünschen entsprechender Weg gefunden werden können. Während des Krieges wurden die Löhne fast durchweg nur vorläufig geregelt, d. h., man hat in der Hauptsache an den alten, vor dem Kriege gültigen Lohnsätzen festgehalten und den durch die Veruerung der Lebenslage notwendig gewordenen Ausgleich durch Gewährung von Kriegs- und Zeugnuzulagen geschaffen. Man darf wohl annehmen, daß nach Eintritt normaler Verhältnisse für die meisten zum Lebensunterhalte notwendigen Gegenstände eine erhebliche Senkung des Preisstandes gegenüber der gegenwärtigen Marktlage eintreten wird. Wenn sich dann einmal überleben lassen wird, daß wir wieder auf einem gewissen Normalstand angekommen sind, wird man an eine endgültige Regelung der Löhne und Besetzung der außergewöhnlichen Zulagen herangehen können. Hierbei wird man dann selbstverständlich von dem Grundab ausgehen müssen, daß in keinem Fall unter das sogenannte Existenzminimum heruntergegangen werden darf, daß aber die breiten Schichten der gelerntten und für besondere Qualifikationsarbeiten befähigten Arbeiter auch Anspruch auf eine entsprechend höhere Lebenshaltung haben. Bei Regelung dieser Fragen wird es vielleicht gar nicht so viel auf die absolute Lohnhöhe ankommen als darauf, in welchem Verhältnisse die Löhne zu denjenigen stehen, die von den mit uns konkurrierenden Ländern gezahlt werden müssen. Es ist für unsre Ausfuhrindustrie nicht so wesentlich, ob der Produktionswert einer Ware, die wir vor dem Kriege für 10 Mk. erzeugt haben, in Zukunft 15 Mk. oder 20 Mk. sein wird, als daß unsre Mitbewerber auf dem Weltmarkt dieselbe Ware nicht unter 25 Mk. herstellen können. Gelingt uns die dauernde Beibehaltung eines Vorsprunges, dann wird auch die Lösung des Lohnproblems in Deutschland in einer befriedigenden Weise erfolgen können. Es müssen sich eben auch die Arbeiter darüber klar sein, daß es sich nicht darum handelt, welchen Lohn der Unternehmer zu zahlen bereit ist, sondern bis zu welcher Höhe er gehen kann, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine der schönsten Folgen des Krieges würde es sein, wenn auch die beiden bisher feindlichen Lager in der Industrie, Arbeitgeber und Arbeiter, zu einer Verständigung kommen würden. Zu diesem Zwecke wird es aber vor allem notwendig sein, daß der Unternehmer des Lebensinteresses des Arbeiters volles Verständnis entgegenbringt, und daß der Arbeiter die Tätigkeit des Unternehmertums richtig würdigen lernt, daß er allmählich erkennt, daß seine Interessen mit denen des Unternehmertums völlig solidarisch sind. Eine blühende Industrie ist die Voraussetzung für hohe Löhne und das Wohlergehen des Arbeiters. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Gewerkschaften, wenn sie in richtiger Erkenntnis der wahren Interessen der Arbeiter diese Verständigung fördern und dazu beitragen würden, die Gegensätze auszugleichen. Die Gewerkschaften mögen zeigen, daß sie zur sachlichen Mitarbeit bereit sind und ihre Hauptaufgabe nicht in der Aufrechterhaltung einer feindschaftlichen Stimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sehen.

Das sind jedenfalls andre Töne, als man sie sonst auf industriellen Unternehmertagungen zu hören gewohnt war. Voraussetzung für ein anstrengendes besseres Verhältnis zwischen den beiden Hauptfaktoren des Wirtschaftslebens, wie es im deutschen Buchdruckgewerbe bereits seit Jahrzehnten besteht, ist jedenfalls die Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmerverbände als gleichberechtigte Vertreter der Arbeiterinteressen. Durch das bei jeder Gelegenheit erfolgende Hervorköcheren der scharfen Fanten des überlebten Herr-im-Haue-Standpunktes wird jeder Verständigungsversuch von vornherein illusorisch. Die ausreichende Sicherung der Existenz des Arbeiters liegt zweifellos weit mehr im Interesse des Volksganges als die Sicherstellung des Unternehmerprofits. Dieser Gedanke verdient mehr als bisher in der Mittelpunkt der Sozial-

politik wie auch der Inneren Politik des Staates gestellt zu werden. Der „Sozialen Praxis“ ist durchaus beizustimmen, wenn sie im Anschluß an die kritische Besprechung der Denkschrift der Schwerindustriellen ausführte, daß es hoffentlich bald gelingen werde, durch die Arbeitskammern und den Ausbau des Einigungsweleins die heimliche Gemeinschaftsarbeit wahrhaft sicherzustellen: Die innerdeutsche Geschichte muß endlich aus ebener Notwendigkeit über jene Leute von Eisen hinwegschreiten, die mit einer im Kriege maßlos geflegelten Macht und ulerlosen Mitteln zugleich eine Gewinnverbindung, die unsrer gegen den Ansturm einer Welt verfeindigten Vaterland jetzt und nach dem Kriege fähig neuen, schweren Erschütterungen entgegenzuführen geeignet ist.

Das trotz der Scharfmacherbrisen, die jetzt wieder so kräftig wehen, wie an dem „Stimmungsabild“ aus dem Lager der Eisen- und Stahlmänner ersichtlich, auch ganz vernünftige Einzelstimmen von Unternehmern laut werden, bereitet Bestrebungen. Der „Korrespondent“ der Futtmacher hat vor kurzem aus dem Arbeitgeberorgan „Der deutsche Südbänder“ Ausführungen wiedergegeben, die dafür Beweis sind. In einem eingesandten Artikel zur Übergangswirtschaft der Süduindustrie nach dem Kriege wird da gesagt:

Wie bauen wir auf den Ruinen der alten Zeit für unsern Beruf eine neue Zeit auf, in der sich alle Mitglieder unserer Vereinigung, unsern Berufs nach dem Kriege für die fernere Zukunft wohlfinden können? Das Fundament ist die Arbeit. Soll nun etwas Ganges geschehen, so müssen wir von unten an in unserm Berufe mit der Besserung der Lage der Arbeiter anfangen. Für fast alle, die in unserm Beruf arbeiten, könnten, mit Ausnahme von wenigen, erträgliche Lebensbedingungen geschaffen werden. Nur durch den Zusammenbruch, eine Vereinigung der Fabrikanten mit den Großhändlern, den Detailisten und den Arbeitern, wo einer den andern gegen Übertretung schützt.

Bei den Vertretern der Großindustrie wird ein Unternehmer mit solchen Anschauungen glatt abfallen, als ein Ausfühler angesehen und als Schädling der „wahren“ Unternehmerinteressen abgetrieben werden. Die Arbeiter sollen das Säbelgerassel der Riffen von der Schwerindustrie gewiß nicht unterschätzen, um Aberhöhen liegt aber auch kein Anlaß vor. Das würde sogar ein Zeichen von Schwäche sein. Die deutsche Arbeiterschaft mag es mit dem Trutziede des Figaro haften: „Will der Herr Graf ein Täuschchen wagen, soll er's nur sagen, ich spiele ihm auf!“

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Wants. Nach der üblichen Übung eines gelassenen Kollegen nahm unsre Generalversammlung Kenntnis von den Jahresberichten, die der Vorsitzende, Kassierer und die Kartelldelegierten erstatteten. An Unterfertigungen wurden in der Kriegszeit außerdem 43000 Mk. gezahlt. Davon entfallen an Familien eingezogener Kollegen 15600 Mark. Beim Militär befinden sich noch 227 Kollegen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Kollege Janhon konnte im Jahre 1917 sein 50jähriges Berufsjubiläum begehen. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten nahm die Versammlung Stellung zur bestehenden Papierknappheit. Kollege Tarrach sprach eingehend über dieses Thema und die Versammlung nahm eine entsprechende Resolution an.

Kittbesheim. Die am 13. Januar hier abgehaltenen Profetierversammlung, welche auch von Vertretern anderer graphischer Berufe besucht war, nahm nach eingehender Aussprache über die Papiernot und Papiersteuerung einstimmig eine an den Reichskanzler zu sendende Entschuldigungsantrag. Wie berichtet, machte sich der Papiermangel auch in den kleineren Druckereien schon sehr fühlbar, so daß mit der Schließung dieser Betriebe gerechnet werden muß, wenn in nächster Zeit keine Besserung in der Papierverfügung eintritt.

Köln. In der am 13. Januar abgehaltenen Jahreshauptversammlung des hiesigen Ortsvereins erstattete Kollege Möller nach Erledigung des geschäftlichen Teiles, nach Zättigung einiger Aufnahmen und Ehrung des Andenkens gefallener Kollegen den Jahresbericht des Vorstandes. Diesem war zu entnehmen, daß unsre Mitglieberschaft nunmehr 98 ihrer Mitglieder durch das Wäheringen verlor. Ohne Schwierigkeit kam die letzte Erneuerungszulage zur Einführung. Bedauerlich sei, daß der Prinzipalvorsitzende des hiesigen Tarifschiedsgerichts, Herr Brocher, sich veranlaßt sah, einige hiesigen Firma wegen vorzeitiger Auszahlung der Zulagen Vorhaltungen zu machen. Kollege Möller gab der Überzeugung Ausdruck, daß unser Vorkämpfer, Kollege Albrecht, in geeigneter Weise an zuständiger Stelle gegen dieses eigenmächtige und mit den Beschlüssen des Tarifausschusses in Widerspruch stehende Verhalten Einspruch erheben wird. In der Aussprache teilte ein Kollege mit, daß Herr Brocher auch andre Geschäftsleiter aufgefordert habe, Lohnzulagen abzulehnen. Der Vorstand, die Kartelldelegierten und Revolutoren wurden durch Zuruf wiedergewählt. Über die sich hieran anschließende Profetierversammlung gegen die drohende Papiernot wurde bereits in andern Zusammenhänge berichtet. (Die Red.) Zum Schlusse der Versammlung kritisierte Kollege Linden einen von Köln aus verfassten und durch viele Zeitungen verbreiteten Bericht (die Kölner Zeitungen haben ihren knappen Raum in anerkennenswerter Weise zur Verbreitung wichtigerer und wahrheitsgemäßerer Berichte benutzt) über die Berichterstattung von

der letzten Zarfausschubfung durch den Kollegen Albrecht, worin diesem der Vorwurf gemacht wird, „in Ton und Färbung unendlich und ungünstig über die Lohnverhältnisse im Tarifkreise II“ gesprochen zu haben. Unter hüflichem Beifalle der Versammlung dankte Kollege Linden unserm Gehilfenvertreter für sein Eintreten für die Gehilfeninteressen. Er hat ihn, auch fürderhin trotz aller Anfechtungen in diesem Sinne weiter zu wirken. Kollegen Fritz Wolff aus Bülow wurde aus Anlaß der Feier seines 25jährigen Jahrestages ein künstlerisch ausgeführtes Diplom überreicht.

T. Krefeld. Am 13. Januar fand unter Monatsversammlung statt. Nach den üblichen Neujahrswünschen wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Andreas Wilms (Machen) gelehrt und dann die geschäftlichen Mitteilungen erledigt. Kollege Enger erstattete einen kurzen Rückblick auf das verlossene Jahr, der ohne Unsprache zur Kenntnis genommen wurde. Unter „Tariflichem“ wurden verschiedene drückende Mängel gestreift, deren Abhilfe baldigst in Aussicht gestellt werden konnte. Zum Schluß wurde eine längere Entschließung einstimmig angenommen, welche dringend die Abstellung der Papiernot fordert. Sie wurde als Eingabe an den Reichshändler gefandt. Auch die anwesenden Vertreter der Buchbinder und Lithographen und Steindruckere waren mit der Entschließung einverstanden.

Worheim. (Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung vom 4. November berichtete Gaurvorsteher Klein über die Zarfausschubfung in Berlin, dessen Ausführungen beifällig aufgenommen wurden. In der hierauf angenommenen Resolution wurde den Gehilfenvertretern für die Errungenchaften bei den Tarifverhandlungen volle Anerkennung ausgesprochen, wenngleich ein richtiger Ausgleich bei der herrschenden Teuerung durch die neue Zulage nicht herbeigeführt wurde. Für die Familien der zum Militär eingezogenen Kollegen wurde zu Weihnachten eine Extrazustellung von 8 und 6 Mk. bewilligt. — In der Versammlung vom 13. Januar wurde zur Papiernot Stellung genommen und die vom Vorstande vorgeschlagene Eingabe an den Reichshändler angenommen. Sodann wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder, mit Ausnahme des Besitzers, wiedergewählt. Nächsten die Kollegen im neuen Jahre den Versammlungen mehr Interesse entgegenbringen!

Münster. Am 13. Januar hielt unser Ortsverein eine Mitgliederversammlung ab und nahm u. a. Stellung zu der mangelhaften Papierverorgung des Buchdruckgewerbes. Eine bessere Papierbelieferung des Gewerbes wurde als dringend notwendig erachtet und eine Entschließung an den Reichshändler gerichtet.

Quedlinburg. In der Generalversammlung des Ortsvereins am 12. Januar kam der Vorhändler Wagner bei Erstattung des Jahresberichts eingehend auf die Papiernot und die daraus resultierenden Schäden für unsern Beruf, zu sprechen und wünschte den Protestversammlungen vollen Erfolg. Der vom Kassierer Ehrhardt gegebene Kassenbericht für 1917 wies am Jahresabschluss einen Bestand von 303,29 Mk. nach. Der Vorstand wurde durch Jurauf wiedergewählt. Die Beratung einiger interner Angelegenheiten bildete den Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Rüfingen-Wilhelmshaven. In der im Monat Januar abgehaltenen Generalversammlung des Ortsvereins gab der Vorhändler einen kurzen Rückblick auf das verlossene Jahr. Die Druckereien am diesigen Orte waren sehr gut mit Arbeiten versehen, so daß oft mit Überstunden gearbeitet werden mußte. Mitglieder sind zur Zeit 62 vorhanden, hiervon sind 18 Stundenlöhner (Soldaten). Zum Seeresident einberufen sind 65 Mitglieder. Der großen Teuerung Rechnung tragend, bewilligten die heiligen Geschäftsinhaber im April 3 Mk. pro Woche, im Oktober eine einmalige Teuerungszulage von 100 Mk. für Beihaltete, 50 Mk. für Ledige. Die Firmen Sng & Co. und Th. Süh erhöhten ferner die Löhne um 2 resp. 1,50 Mk. Den Stundenlöhnern wurden entsprechende Erhöhungen gewährt. Als nachahmenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß die heiligen Prinzipale seit Beginn des Krieges an die Familien der zum Seeresident eingezogenen Kollegen pro Woche 10 Mk. zahlen. Auch die Kollegen taten ihr möglichstes, um den Familien das Durchhalten zu erleichtern. Im vorigen Jahre wurden 689 Mk. an Beihilfen gezahlt; seit Beginn des Krieges 1634,50 Mk. Die Einführung der erhöhten Teuerungszulagen ging glatt vonstatten. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Waldburg (Schl.). (Vierteljahrsbericht.) In der Monatsversammlung vom 3. November gab Kassierer Dillig den Ortskassenbericht über das dritte Quartal, der mit einem Bestände von 77,63 Mk. abschloß. Den Bezirkskassenbericht erstattete Kassierer Schneider. Hier ergab sich ein Bestand von 3529,75 Mk. In dieser Versammlung referierte Gaurvorsteher Fiedler (Breslau) über das Thema: „Die Verhandlungen des Zarfausschusses“. Der mit großem Verständnis aufgenommene Vortrag fand lebhaften Beifall. Die Versammlung war gut besucht, auch waren einige Feldgrane anwesend. — Die Dezemberversammlung war ebenfalls gut besucht. Aus der Bezirkskasse erhielten die Familien der eingezogenen Kollegen zu Weihnachten die doppelte Unterstüttung. Aus der Ortskasse erhielten die Kinder der Eingezogenen ein Geschenk von 2 Mk. In der, die Feldgrane Kollegen Liebesgaben, die Witwen verstorbenen Kollegen 10 Mk. Weihnachts-geschenke. — In der Generalversammlung am 13. Januar wurde bekanntgegeben, daß einem eingezogenen Kollegen die Familienunterstüttung entzogen werden mußte, da dieser es verschwiegen hatte, daß er vier Monate als Reklamtierer gearbeitet hat, während welcher Zeit er noch die Familienunterstüttung bezog. Die Vorstandswahl wurde auf die nächste Versammlung verlegt.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Stückaufwand Verbandsmittglieder der Inhaber des Eisenkreuzes! Diese militärische Auszeichnung II. Klasse erhielten ferner: Rudolf Muth (Bad-Naubeim), Adolf Klemann (Burg b. M.), Karl Bauer und Johann Luff (Friedberg), Hugo Knösch, Walter Morge und Willi Morge (Reipitz), Joseph Binder, Ludwig Gerh., Karl Schönlein und Karl Sacque (Neustadt a. d. S.) sowie K. Süh (Stuttgart). Damit ist die Zahl von 5000 erreicht! Nach Mitteilung in Nr. 6 wurden 80 unserer Kollegen außerdem mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet. Die Gesamtzahl der eingezogenen Mitglieder des Verbandes zugrunde gelegt, dürfte man auf den hohen Prozentsatz von 8,6 kommen. Es ist jedoch anzunehmen, daß von den Verleihungen dieser Art uns manches ungemeldet bleibt. Die bundesstaatlichen Auszeichnungen werden sowieso nicht mitgezählt und auch die in höher reichlichen Diensten stehenden Kollegen mit der gleichwertigen Dekoration sind nicht mitgerechnet. Unsere Kollegen im Waffenrock stellen also auch draußen vor dem Feinde ihren Mann. Sie werden in der gewerkschaftlichen oder in der politischen Heimarmee ebenso tapfere Streiter sein. Am 24. September 1914 konnten wir von der ersten Verleihung des Eisernen Kreuzes an ein Mitglied Kenntnis geben. Kurze Zeit darauf hatten wir die Freude, diesen Kollegen auf der Durchreise in unsrer Redaktion begrüßen zu können. Das erste Tausend wurde dann am 13. November 1915, das zweite am 9. September 1916, das dritte am 24. Februar 1917 und das vierte am 28. August 1917 vollendet. Zum letzten genannten Zeitpunkt waren 30 Erstklassige zu verzeichnen. Ende 1916 waren es ihrer erst fünf. Eine Anzahl von den 5000 Kollegen hat ihr Leben lassen müssen, mehr sind körperlich schwer zu Schaden gekommen. Schmerzlich denken wir bei diesem Anlaß ihrer Verluste! Noch wollen sich des Friedens Raben nicht getrollen. Doch dieser Tag beginnt zu dämmern. Der Kampf daheim um ein besseres Deutschland aber entfaltet immer mehr und dabei sind Auszeichnungen vor den Gegnern ebenso notwendig und ehrenvoll.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. Das Lebensmitleid hat die Kollegen in Bromberg als Schwerarbeiter anerkannt. — Analog dem Leipziger Vorgehen ist auch in Mittenburg von den Maschinensehern bei der dortigen Ernährungsbehörde eine Eingabe gemacht und erreicht worden, daß die Einspeise und Typographen sowie die Monotypisten als Schwerstarbeiter anerkannt wurden. Es wird nun eine Fleisch- und Getreuzulage gewährt. Die Extrarotation ist auf 3 Wd. statt einhalb bis jetzt erhöht worden.

Wegen Hochwassers den Betrieb eingestellt. Das Hochwasser der Eins Awaga die „Nachrichten“ in Dresden, den Betrieb einzustellen.

Auch ein Zeitungsvorbot. Wie die „Welt am Montag“ mitteilt, hat ein Wirt in Schweidnitz seinen Gästen das Leben jedweder Gagesetzung bei Tisch unterlag. Der Mann will nicht, daß der Appetit an der schmalen Kriegskost durch die Unrührigkeit der Druckfarbe vollends flöten geht. Zu dem traurigen Kriegsbier und den famosen Rauchwürsten „Marke Bruffee“ bildet der Gestank der Kriegsfarbe eine Einzel. Wer diesem Gasanstrich gegenüber standhalten vermag, mag bei dem Wirt Wundermild sich ins Zeug legen. Gegen solche Zensur kann nicht einmal etwas eingewandt werden: sie ist unparteilich und nur von Gründen äußerer Nützlichkeit diktiert.

Ein Einspruch gegen die Behauptung unberechtigter Ertragsgewinne im Buchhandel. In der vorigen Nummer haben wir eine Notiz aus der „Verbraucherzeitung“ wieder, die sich dagegen wendet, daß für ältere Bücherrechnungen, deren Herstellung noch nicht unter der enormen Preisverteuerung der Buchdruckmaterialien erfolgte, die jetzt zu Recht bestehenden Aufschläge berechnet werden. Wir bemerkten dazu, es sei genau zu unterscheiden, was wirklich alter Bestand und was Nachdruck ist. Der Verlag für Kunst und Wissenschaft in Leipzig als Herausgeber der Miniaturbibliothek macht uns darauf aufmerksam, daß für seine Erwerbungen der Preis nicht von 10 auf 15, sondern nur auf 12 Pf. gesteigert sei. Bei den etwa 1400 Nummern dieser Bibliothek handle es sich meistens um Nachdrucke, so daß der Aufschlag nicht nur berechtigt, sondern auch nötig sei. An der falschen Angabe über die Preisverhöhung sind wir unzufrieden. Preissteigerungen dieser Art können selbstverständlich nicht beanstandet werden. Es ist aber bekannt, daß namentlich beim Weihnachtsgeschäft im Buchhandel ganz alte Bücher unangemessen veräußert worden sind. Im übrigen war jene Notiz nicht etwa vom abstrakten Billigkeitsstandpunkte diktiert.

Richard Calmer über das sozialpolitische Programm der freien Gewerkschaften. Durch den Leitartikel in Nr. 7 ist unsern Lesern umfassend darüber Kenntnis vermittelt worden, was die Generalkommission und die Verbandsvorstände vom Staat an sozialpolitischen Reformen fordern. Calmer beschäftigt sich in seiner Korrespondenz mit dieser „so reichhaltigen Sammlung von Arbeiterforderungen an den Staat, wie sie kaum ein zweites Mal bisher zu finden sein dürfte“. Das ist zutreffend; es muß aber berücksichtigt werden, daß es auch noch niemals einen Zeitpunkt gegeben hat, der die Aufstellung solcher Forderungen einfach befähigt. Calmer äußert Bedenken gegen dieses Zukunftsprogramm, wenn er auch erklärt, freie Bewegungsmöglichkeit auf dem wirtschaftlichen Kampffeld könnten die Arbeiter unter allen Umständen verlangen. Nach dem Einwande, das Programm sei „ganz und gar

von dem Glauben an die Allmacht des Staates durchzogen, von dem nämlichen Glauben, der in der Kriegswirtschaftspolitik eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat“ — Calwers Ceterum censeo —, heißt es im weiteren: „Wir beanstanden daher an dem sozialpolitischen Arbeiterprogramm der deutschen Gewerkschaften den Mangel an Verständnis für die Dynamik des wirtschaftlichen Kampfes, einen Mangel, der sich in der nämlichen Welle zeigt wie bei der Haltung der Gewerkschaften der Ernährungspolitik gegenüber. Daß die heilige Machtpolitik der Arbeiterchaft auf wirtschaftlichem Gebiet eine vorübergehende Erscheinung ist, daß nach dem Krieg unfehlbar ein ganz wehemerker Rückschlag eintreten muß, das ist bei der Aufstellung des Programms offenbar gar nicht berücksichtigt worden. Nicht der Staat kann die Arbeiter vor den Wirkungen dieses Rückschlags sichern, diese sind bis zu einem gewissen Grad einfach als unentrinnbares Schicksal hinzunehmen. Sowie aber eine Milderung des Rückschlags möglich ist, können nur die Arbeiter selbst durch Einschränkung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkte die Abwehrung der zu befürchtenden Uebel herbeiführen. Wenn die Arbeiter sich nicht aus eigener Kraft und durch sich selbst zu helfen vermögen, dann sind sie zu bedauern. Aber auch die eigene Kraft vermag auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes nur Erfolge zu erreichen, die im Bereiche der durch die wirtschaftliche Gesamtkonkurrenz gegebenen Möglichkeiten liegen. Diese werden aber durch die Art des kommenden Friedens bestimmt werden. Ist es dem Unternehmertum nicht möglich, die nötige Arbeitsgelegenheit für die industrielle Arbeiterchaft zu beschaffen, so wird allein schon dadurch die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt in einem Grade gesteigert werden, daß die Verwertung der Arbeitskraft überft ungenügend beeinflusst werden muß. Die Arbeiterchaft hat daher ein sehr elementares Interesse daran, wie die wirtschaftliche Konstellation Deutschlands durch den Frieden gestaltet werden wird. Erkennt sie diesen Gesichtspunkt, so hat den Schaden dieses Verhältnisses die gewerbliche Arbeiterchaft zu fragen.“ Schade, daß Calmer aus dem Vexikon der Friedensbegriffe nicht seine Marke deutlich nennt. Man wüßte dann deutlich, woran man mit seinen Einwänden ist. Die Gewerkschaften können sie aber schon bei dem instinktmäßigen Fühlen nicht gelten lassen. Denn wenn die Calwerschen Voraussetzungen auch erfüllt wären, für solche Forderungen würde auch dann kein Raum sein; wie das in der Gewerkschaftszeitung dieser Nummer entrollte Zukunftsprogramm einer Großindustriellenfraktion es ganz augenfällig macht.

Starke Mitgliederzunahme des Metallarbeiterverbandes. Obwohl in der Metallarbeiterorganisation die Zahl der Einberufungen zum Heer die Zahl der Entlassungen im Jahre 1917 noch um 6205 Mitglieder überließ, kann die „Deutsche Metallarbeiterzeitung“ über eine Zunahme von 14045 Mitgliedern in dem genannten Zeitraum berichten. Eine so starke Mitgliederzunahme hat der Metallarbeiterverband seit seinem Bestehen noch niemals zu verzeichnen gehabt. Selbst die Mehreinberufungen zum Heer außer Betracht gelassen, ergibt sich eine Zunahme von 57,15 Proz. der Mitgliederzahl! Eine solche Erstarkung der Organisation bietet, wenn sie mit einer guten gewerkschaftlichen Schulung der Mitglieder gepaart ist, die Möglichkeit, den kommenden schweren Zeiten im Wirtschaftsleben mit Ruhe und Vertrauen entgegenzugehen.

Kampflöse Lohnregulierung. Staatsanwalt Jeller in Zweibrücken, der Verfasser der unsern Lesern durch eine spezielle Besprechung nähergerichteten Schrift „Gesellschaftliche Zulagen für jeden Haushalt“, entwickelte in der „Sozialen Praxis“ einen Plan zur Regelung von Lohnfragen, der Beachtung verdient. Das Streben der Arbeiter und Angehörigen nach besseren Einkommensverhältnissen steht der Verfasser als etwas Natürliches, selbstverständliches Gegebenes an, weshalb die Lohnkämpfe nicht auszuscheiden sind. Er ist jedoch der Auffassung, daß beim Eingehen auf seine Anregungen sich ein Teil der Lohnkämpfe erledigt, indem der Arbeiterchaft bei den allgemein steigenden Einkommensverhältnissen ohne weiteres ein Recht zuerkannt wird, ein dieser Steigerung teilzunehmen. Dem Sozialpolitiker Jeller schwebt gewissermaßen eine staatlich-schematische Regelung vor, wenn er im Kernpunkte der Sache folgendes ausspricht: „Die neuzeitliche Entwicklung des Steuerwesens hat zur Grundlage der direkten Besteuerung das allgemeine Einkommen gemacht, gleichviel aus welcher Quelle es fließt. Das führte mit Notwendigkeit dazu, daß es immer besser gelangt, das Einkommen in seiner wahren Höhe zu erfassen. . . Nehmen wir — in ganz willkürlich gegriffener Zahl — an, für das Jahr 1910 hätte der Gesamtbeitrag der steuerlich erfassen Einkommen aller natürlichen Personen eines Landes, geteilt durch die Kopfzahl der Bevölkerung, 500 Mk. ergeben, so bräuchte die gleiche Berechnung für 1911 vielleicht den Betrag von 515 Mk. Also ein Steigerungsverhältnis für die volksdurchschnittliche Einkommensentwicklung von 100:103. . . Mit der so gewonnenen Verhältniszahl hätten wir die Möglichkeit geschaffen, die Gehalts- und Lohnbewegung in die gewünschten ruhigen Bahnen zu lenken. War der Wochenlohn eines Arbeiters heuer 30 Mk., so wird er — alles andre als gleichbedeutend angenommen — im folgenden Jahre 30,90 Mk. betragen, ein Gehalt von 2000 Mk. steigt auf 2060, ein Gehalt von 6000 Mk. auf 6180.“ Wir nehmen lediglich des Interesses wegen von den neuen Gedanken eines der Arbeiterbewegung fernstehenden Notiz. Dieser selbst will, das sei nochmals hervorgehoben, die organisatorische Selbsthilfe der Arbeiter und Angehörigen keineswegs ausschalten, sondern sagt darüber u. a.: „Von selbst versteht sich, daß es daneben, wo nämlich eine besondere Gunst der Verhältnisse einen wirklichen Aufstieg (über unfehlbare Anpassung hinaus) erlaube, auch diesen Bevölkerungs-

gruppen unermüdet bliebe, die Gelegenheit zu nutzen, nach dem Maß ihrer Kraft. Gekannt darf man darauf sein, welche Aufnahme der Seltene Plan beim organisierten Unternehmertum finden wird. Jedenfalls wird in der Gewerkschaftspressen noch des Öftern darüber zu lesen sein.

Kritikern ist noch kein Aufwiegen. Ein in einer Berliner Papiergroßhandlung beschäftigter Arbeiter war sofort entlassen worden, weil er einen Mitarbeiter „aufgewiegelt“ haben sollte. Bei der Verhandlung über die von dem Entlassenen angelegte Klage vor dem Gewerbegericht wurde festgestellt, daß sich der Beisetzende während der Frühstückspause mit einem Kollegen über die beiderseitigen Löhne unterhalten hatte. Bei dieser Gelegenheit erfuhr der Entlassene, daß sein Kollege einen weit geringeren Wochenlohn habe als er und äußerte, das sei für die heutige Zeit sehr gering. Der Mitangeklagte trat darauf an die Geschäftsleitung wegen Lohnverbesserung heran und verriet dabei die Unterhaltung mit dem Kollegen. Dieser erhielt denn auch eine Lohnaufbesserung, der Kläger hingegen wurde sofort entlassen. Das Gewerbegericht sah die Entlassung als unbegründet an und verurteilte den Beklagten antragsgemäß zur Zahlung des restlichen Lohnes. Gesprächsweise Bemerkungen zu einem Mitangeklagten, daß der Lohn nicht angemessen sei, sei noch keine Aufwiegung. Das werde, so bemerkte das Gericht, der Arbeitgeber immer riskieren müssen, daß sich das Personal über die Lohnsätze unterhalte und einen Meinungsaustausch darüber führe. Wir müssen sagen, es wäre ja unerhört, wenn selbst die Unterhaltung über derartige Fragen den Arbeitern verboten sein sollte.

Verschiedene Eingänge.

„Die Glocke.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Parvus. Hrn. 40-42. 3. Jahrgang. 2. Band. Preis jeder Nummer 30 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.

Gestorben.

In Berlin am 9. Dezember der Seher Johann Frey aus Bamberg, 53 Jahre alt - Gehirnblutung; am 13. Dezember der Drucker Karl Rohrbach aus Berlin, 54 Jahre alt - Herzschwäche; am 15. Dezember der Drucker Robert Schäfer aus Berlin, 61 Jahre alt - Schlaganfall; am 16. Dezember der Seherinvalide Paul Bauer aus Berlin, 64 Jahre alt - Herzlähmung; am 23. De-

zember der Seher Hermann Schneider aus Berlin, 50 Jahre alt - Lungenentzündung.

In Bremen am 8. Januar der Seher Heinrich Diefen aus Rathen, 42 Jahre alt.

In Breslau am 10. Januar der Druckerinvalide Karl Volkmann von dort, 66 Jahre alt - Schlaganfall; am 20. Januar der Seher Hermann Meier von dort, 40 Jahre - Lungenentzündung; für Silberfeld am 18. Januar der Seher Paul Klos von dort, 34 Jahre alt.

In Frankfurt a. M. am 9. Januar der Seher Wilhelm Lauber aus Oßing, 50 Jahre alt; am 10. Januar der Drucker Fritz Scheurle aus München, 22 Jahre alt - Blinddarmentzündung.

In Hamburg am 6. Januar der Seherinvalide Ernst Hoffmann aus Leipzig, 61 Jahre alt.

In Heidelberg am 19. Januar der Druckerinvalide Kaspar Schmidt von dort, 82 Jahre alt.

In Köln am 19. Januar der Buchdruckerbesitzer Bruno Beyer. In Leipzig am 8. Januar der Stereotypsetzer Johannes Emrich von dort, 23 Jahre alt - Lungenentzündung; am gleichen Tage der Seher Johann Schneider aus Prag, 59 Jahre alt - Herzschlag; am 13. Januar der Drucker Ernst Richter aus Ludenham, 59 Jahre alt - Lungenentzündung; am gleichen Tage der Galvano-plastiker Max Berndt aus Dresden, 56 Jahre alt - Lungenentzündung.

In Mannheim am 26. Dezember der Seher Max Petermann aus Söcking bei Werba, 41 1/2 Jahre alt.

In Marienwerder am 9. Januar der Seher Oskar Szmjowski, 57 Jahre alt.

In Ravensburg am 26. Dezember der Seher Adolf Schwager aus Neresheim.

In Stuttgart am 4. Januar der Seher Ernst Krapp aus Kirchberg a. T., 34 Jahre alt - Lungenentzündung; am 16. Januar der Drucker Wilhelm Gudenfels, 64 Jahre alt - Schlaganfall.

Briefkasten.

H. W. in D.: Wir begreifen uns in dieser Hinsicht. H. W. in D.: In dem Eingang dankend bestätigt wird, soll möglichst baldige Veröffentlichung ausgesetzt sein. G. S. in G.: Unrechtmäßigkeiten! Das Bistümle wird von uns gehalten. D. R. in D.: Dreihälften-mehrheit und Zweiklassenwahlrecht zugunsten des letzteren. Das Volk wird aber doch einmal mit dieser aufreizenden Privilegienwirtschaft fertig. S. R. in S.: Infolge unvollständiger Abrechnung erhielten wir Ihnen am 20. Januar ausgegebenen Briefbrief erst am 22., nachmittags 2 Uhr 35 Min., als Nr. 10 bereits stereotypiert war. T. D. in B.: Geht mit dem behandelten Thema nur in totem Zusammenhang; werden noch überlegen, ob sich Aufnahme empfiehlt. F. Sch.: Kommt bei nächster Gelegenheit mit zur Sprache. - Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“: In Nr. 10 haben wir der Presse ganz allgemein volle Anerkennung gezollt über die den Profetiervereinigungen gegen die Papiernot geschehete Aufmerksamkeit. Das gilt auch für die „S. J.“. Bis zur Nr. 8 waren uns solche Profetiervereinigungen nur lüdenhaft zugegangen, das hat sich dann aber schnell geändert. - G. S. in M.: Wird weitergegeben und auch nachgetragen. - P. F. in Königsberg: Haben Ihnen 30 Pf. aufgeschickt. - D. R. in Bromberg: 170 Mk. - G. W. in Stuttgart: 350 Mk. - H. W. in G.: Das ist in der Tat eine schreckliche Unterhaltungsstunde in den Versammlungen. Daß auf dieses schreiende Bedürfnis auch niemand kommt!

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Westpreußen. Die auswärtigen Mitglieder des Fonds zur Unterstützung von Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach den neuen Bestimmungen Ausschluß erfolgen muß, wenn sechs Wochen nach Jahreschluss die Beiträge für das abgelaufene Jahr nicht eingelangt sind.

Abtreffenveränderungen.
Regist. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Friedrich Adolph, Neue Kanauer Straße 26 I.

Zur Aufnahme gemeldet
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):
Im Gau Bayern die Seher 1. Karl Heule, geb. in Weingarten 1900, ausgl. daf. 1917; 2. Wolf Meimann, geb. in Peitzkau 1890, ausgl. in Lohs 1906; 3. Samuel Silberstein, geb. in Peitzkau 1891, ausgl. in Lohs 1907; waren noch nicht Mitglieder. - Joseph Seig in München, Holzstraße 24 I.
Im Gau Rheinland-Westfalen der Seher Hermann Katt- hölzer, geb. in Annen i. W. 1890, ausgl. daf. 1909; war schon Mitglied. - Emil Albrecht in Köln, Gereonshof 28.
Im Gau Westpreußen die Seher 1. Otto Zwenker, geb. in Roml 1895, ausgl. in Königsberg 1917; 2. Paul Riemann, geb. in Alsterhof 1899, ausgl. in Königsberg 1917; 3. Edward Küll, geb. in Riga 1878, ausgl. daf. 1894; 4. Maximilian v. Paschke, geb. in Kölln (Kreis Neustadt) 1900, ausgl. in Danzig 1917; 5. der Schmelzberger Erwin Neuberger, in Morleinen (Ostprede) 1897, ausgl. in Rostleben a. d. U. 1915; waren noch nicht Mitglieder. - S. M. David in Danzig-Schiditz, Kattbäuserstraße 86 II.

Versammlungskalender.
Duisburg. Maschinenseher-Generalarbversammlung Sonntag, den 3. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, in Duisburg, Restaurant „Zur guten Quelle“, Gutenbergstraße.
Eberfeld-Barmen. Korrekturenversammlung Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal Altenbaum, Eberfeld, Ecke Teich- und Erholungstraße.
Effen. Generalversammlung Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Vereinslokal S. Kleinenbomk, Rellinghauer Straße 88.
Stuttgart. Maschinenmeisterversammlung Montag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr.
- Maschinenseher-Generalarbversammlung Sonntag, den 10. Februar, im „Gewerkschaftshaus“. Anträge bis 2. Februar an den Vorsitzenden.

Aktuelle
Maschinenseher
gewandt im Besuche der Handhabung und nicht ganz unerfahren in der Druckberechnung, wird gesucht. Angebote mit Gehaltsforderung eventuell auch Bild, an [139] Buchdruckerei F. J. Oberlein, Pirna a. d. E.

Seher und Maschinenmeister
suchen für dauernd [140] Rosenhals & Co., Berlin NW 21, Mühlendamm 105.

Schriftseher
Linotypseher
Maschinenmeister
gesucht. Angebote schriftlich mit Gehaltsforderung erbeten. [128] Julius Effenfeld, Kolbdruckerei, Berlin W 5, Mauerstraße 43/44.

Schriftseher
und
Maschinenmeister
sorgt gesucht. [21] Mehger & Wittig, Leipzig, Kose Straße 1.

Linotypseher
für Ideal-Maschine sofort gesucht. Tag- und Nachtlohn. [147] „Niederdeutsche Nachrichten“, Duisburg, Friedrich-Wilhelm-Platz 1.

Zum möglichst sofortigen Eintritt tüchtiger
Maschinenmeister
und einlge
Schriftseher
gesucht. [126] Buchdruckerei der „Landeszeitung“, Neustrelitz i. Meckl.

Maschinenmeister
militärisch, in Werk- und Aufschreibdruck Gutes leistend, in dauernde Stellung gesucht. [129] Herrsche & Rebellig, Stettin.

Im Werkbuch bewandert, sofort gesucht. An- erboten mit Gehaltsansprüchen erbeten. [15] Pterersche Buchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Maschinenmeister
für Schnellpressen (auch Mastendruck), der auch stereotypieren kann, oder auch kunstgeschickter Maschinenmeister, der sich in Flach- und Rund- herziehung ausbilden will, baldigst gesucht. An- gebote mit Lohnansprüchen an [138] Kaufmanns-Verlag und Buchdruckerei G. m. b. H., Gumbinnen.

Maschinenmeister
bis Mitte Februar gesucht. [148] Ernst Ruch, Buchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Maschinenmeister
(möglichst Schweizerbege). Für die Schnellpressen in unserer Fabrik photographischer Papiere suchen wir einen Maschinenmeister, der Schweizerbege; auch Kriegsbeschädigte werden eingestellt. Be- werbungen an [137] Bpk.-Guldenerwerke Chemische Fabrik K. & Co., Dranienburg.

Maschinenmeister
für Illustrations- oder auch Mastendruck suchen [149] Kallberg & Büchling, Leipzig, Rübchenweg 23.

Buchdruckmaschinenmeister
sucht [149] S. E. Hermann, Berlin SW 19, Beuthstraße 8.

Mir suchen zum baldigen Eintritt einen militärisch freien [127] Rotationsmaschinenmeister

Rotationsmaschinenmeister
für 64seitige A. & B. Bierrollenmaschine und 32seitige Augsburg-Zweitrollenmaschine oder einen [137] tüchtigen Flachdrucker
der sich zum Rotationsmaschinenmeister ausbilden möchte. Angebote erbeten wir mit Bild und Zeug- nisabschriften sowie der bisherigen Tätigkeit, des Eintrittstermins und der Lohnforderung. [137] W. Girardet, Verlag der „Düsseldorfer Nachrichten“ („Düsseldorfer Generalanzeiger“), Düsseldorf, Schleichad 478.

Druckverein Bromberg
Am 3. Februar (erst der Druckverein Brom- berg im „Arbeiterkalender“) (Tallstraße) sein [135] 50. Stiftungsfest
durch eine Bezirksauskunft und darauffolgendes gemeinsames Besinnen, wozu wir alle Bezirks- mitglieder sowie die Kollegen der umliegenden Druckorte freundlichst einladen. Der Vorstand.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Technikum für Buchdrucker
Leipzig-Reudnitz. Einzige dastehende Vereinigung praktischer und theoretischer Ausbildung auf acht kunstge- werblicher Basis im Buchdruckgewerbe. Buchführung, Preis- berechnung, Faktor- u. Geschäftsführer- arbeiten usw. Meisterprüfungskursus
Kostenloser Unterricht für verwandte Buchdrucker.

Zytopgraphische Fachliteratur Bücher für Satz und Druck beschien Sie vorrätig beim Graph. Verlag S. Siegl, Leipzig-21, Alie- nstraße 17 B. - Katalog unternicht und frei.

Ahlen und Binzefen sowie alle Werk- zeuge für Seher u. Drucker empfiehlt S. Siegl, Leipzig-21, Alie- nstraße 17 B. Katalog unternicht und frei.

Am 21. Dezember v. J. verstarb in einem Feldlazarett an einer Krankheit, die er sich im Felde zugezogen hatte, unser lieber Kollege, der Drucker [141] **Richard Hoffmann I** aus Breslau.

Am 20. Januar verstarb nach langem Leiden unser werles Mitglied, der Seher **Hermann Meier** aus Breslau.

Wir werden den beiden freien Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren. [141] Dr. Seemann Breslau, Breslauer Buchdruckmaschinenmeister-verein.

Am 20. Januar verstarb nach längerem, schwerem Leiden unser zum Seeresdienst eingezogener lieber Kollege, der Seher **Hermann Meier**

Wir werden dem so früh Dahingeshie- denen, welcher es verstand, sich durch sein Sympathien aller zu erwerben, auch fern- hin ein ehrendes Gedenken bewahren. [141] Breslau, den 21. Januar 1918. Das Seherpersonal des „Breslauer Generalanzeiger“.

Am 20. Januar verstarb nach langem, schwerem Leiden unser zum Seeresdienst eingezogenes liebes Mitglied, der Seher **Hermann Meier**

Wir werden demselben auch über das Grab hinaus ein ehrendes, bleibendes Ge- denken bewahren. [141] Breslau, den 21. Januar 1918. Verein „Gutenberg“ Breslau.

Am 19. Januar ist unser hochverehrter Chef [134] **Herr Arno Beyer**
Buchdruckereibesitzer und Verleger des „Sport-Journal“ an den Folgen eines Unfalls nach kurzer Zeit verstorben. Geschützt stehen wir an der Seite eines geliebten Vorgesetzten, der sich durch fürsorgliches Denken für seine Angestellten und Arbeiter ein bleibendes Andenken gesichert hat. [134] Köln, den 20. Januar 1918. Das Personal der Firma Beyer & Schmeier, Köln.

Wiederum haben wir durch den Welt- krieg zwei Kollegen verloren. Der Ma- schinenmeister [144] **Bernhard Nübner** aus Osch a. H. erlitt den Tod auf dem Schlach- teld und der Seher

Ernst Trapp
aus Kirchberg a. T. fiel einer Krank- heit zum Opfer, die er sich im Dienste für das Vaterland zugezogen.

Das Andenken der Dahingeshiedenen werden in Ehren halten [144] Die Kollegen der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Am 19. Januar verstarb nach längerer Krankheit unser Senior, der Druckere- invalide [136] **Kaspar Hammann** im hohen Alter von 82 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [136] Der Bezirksverein Heidelberg.

Am 15. Dezember v. J. verstarb p186- lich einer unserer alten Verbandsvertretern, der Seherinvalide [146] **Gustav Götzling** aus Königsberg i. Pr., im 75. Lebens- jahre.

Der Dahingeshiedene, der bis in sein hohes Alter hinein stets in enger Fühlung mit der Kollegenchaft geblieben, hat in hochherziger Weise den größten Teil seines Vermögens der Pensionskasse der Königs- berger Buchdrucker vermacht, wofür ihm an dieser Stelle herzlichster Dank gesagt wird. [146] Ortsverein Königsberg i. Pr. Pensionskasse der Königsberger Buch- drucker.